

ARBEITS- UND BEWAHRUNGSHÄUSER

Rummelsburger Geschichte #1

1920 | 1925 | 1930 | 1935 | 1940 | 1945 | 1950 | 1955 | 1960
Weimarer Republik | Nationalsozialismus | DDR / BRD

Veranstaltungen:

7. Juni 2013

8. Juli 2013

Gedenken:

8. Juni 2013

www.marginalisierte.de
www.ah.antifa.de
www.alkalij.org

Eine Aktion von:

Arbeitskreis Marginalisierte – gestern und heute!
Antifa Hohenschönhausen
Jugendbündnis „ALKALIJ“
Verein „Neue Jugendarbeit“



Aktionstag in Rummelsburg

8. Juni 2013

15:00 - 17:00 Uhr

Gedenken an die Aktion „Arbeitscheu Reich“ von 1938

Moderation: Lothar Eberhardt

Zeitzeug_innen: Ilse Heinrich, Rita Vowe (Tochter vom Boxer Rukeli Trollmann)

Redebeiträge von:

- Vertreter_innen des Arbeitskreises „Marginalisierte – gestern und heute!“
- Der Initiative „Gedenkort Uckermark“
- Der Kampagne „Niemand ist vergessen!“
- Einzelpersonen, die zu den Themenkomplexen Zwangssterilisierungen, Euthanasie, Rassismus gegen Sinti und Roma etc. forschen und arbeiten.

17:00 - 18:30 Uhr

Ausstellungseröffnungen

- „Gewalt gegen wohnungslose Menschen im Nationalsozialismus und heute“
- Eröffnung der Videoinstallation der Wanderausstellung „Opfer Rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ (Opferperspektive Potsdam)
- Aufstellung des „Temporären Denkmals für Johann ‚Rukeli‘ Trollmann“ (Boxring) (angefragt)

18:30 - 20:00 Uhr

Lesungen im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften“

Zeitzeug_innenlebensläufe, Texte zu und über Kontinuitäten und Brüche sowie Hintergründe von sozialer und rassistischer Ausgrenzung einschließlich der Folgen für die Betroffenen.

Ort: Platz vor den ehemaligen Verwaltungsgebäuden

(Hauptstraße 8, Tram 21 bis Kosanke-Siedlung oder S-Bhf Rummelsburg - Fußweg ca.10 min)

Begleitende Veranstaltungen

7. Juni 2013 - 19:00 Uhr

Verfolgung von sogenannten Asozialen während des Faschismus

Mit Lothar Eberhardt & Dirk Stegemann

Der Arbeitskreis „Marginalisierte - gestern und heute!“ fordert seit 2007 die Schaffung eines Gedenkortes, in deren Mittelpunkt die Verbrechen an den so genannten Asozialen im deutschen Faschismus stehen. Seit 2012 hat das Bezirksamt Berlin - Lichtenberg einen Runden Tisch installiert, der sich mit dem Gedenken auf dem Areal der ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäuser auseinandersetzt.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Museum Lichtenberg

Ort: Museum Lichtenberg

(Türschmidtstraße 24, Nähe S-Bhf. Nöldnerplatz)



8. Juli 2013 - 18:30 Uhr

Ursachen und Kontinuitäten der Stigmatisierung von Erwerbslosen im Spiegel der Geschichte

Mit Anne Alex & Anne Seeck

Vorurteile gegen Erwerbslose gibt es, seitdem wir denken können. Es erscheint, als ob sie – egal in welcher Gesellschaft – immer wieder neu aufgewärmt werden. Wie diese Vorurteile entstanden und warum sie weiter transportiert wurden, untersucht Anne Alex für das Mittelalter und die Neuzeit. Welche Kontinuitäten und Ähnlichkeiten der Stigmata von Erwerbslosen nach dem 2. Weltkrieg in beiden deutschen Staaten bis heute weiter wirken und welche Ursachen dies hat, darüber berichtet Anne Seeck.

Eine Veranstaltung im Rahmen des emanzipatorischen Infocafés „Manic Monday“

Ort: JFE Linse

(Parkaue 25, Nähe S-Ø U-Bhf. Frankfurter Allee / Tram M13 bis „Rathaus Lichtenberg“)



75 Jahre später - Gedenktag an die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ des NS-Regimes

Schon weit vor der Machtübergabe an das deutsche faschistische Regime vor 80 Jahren war eine verschärfte Disziplinierungs- und Ausgrenzungspolitik in der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft durch Kriminalisierung und Repressionen legitimiert. Zunehmend kamen auch Argumente hinzu, die „Asozialität“ im Sinne von „Schmarotzertum“ und „Faulheit“ medizinisch-psychiatrisch „erklären“ sollten. Den Höhepunkt pseudowissenschaftlicher Erklärungsmuster bildeten Rassenhygiene und Eugenik, die den medizinisch-psychiatrischen Zuschreibungen noch die rassistisch-biologistischen verstärkte in der Weimarer Republik hinzufügten. Nach der bereits vollzogenen Einteilung der Menschen in „nützlich“ oder „unnütz“, „verwertbar“ oder „nicht verwertbar“ wurde nun Leben auch als „wertes und unwertes“ eingestuft und unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Unter den Nazis bedeutete dies neben Entrechtung, Verfolgung, Sterilisation, Gewahrsamnahme bis hin zu Zwangsarbeit, die Ermordung der als „Asoziale“ und „lebensunwert“ eingestuften Menschen in Konzentrationslagern und Tötungsanstalten. Ziel sollte die absolute Ausgrenzung sozialer Randgruppen aus der „Volksgemeinschaft“, die Entlastung der Wohlfahrtssysteme für „anständige Volksgenossen“ sowie die Erschaffung eines „homogenen und gesunden deutschen Volkskörpers“ sein - öffentlich und wahrnehmbar vor den Augen der Gesellschaft, getragen und legitimiert durch sie selbst.

Ab September 1933 wurde in einer vom Propagandaministerium initiierten Großrazzia im gesamten Reichsgebiet Jagd auf wohnungslose, bettelnde und vagabundierende Menschen gemacht und mehrere zehntausend Menschen festgenommen. Himmler verkündete in einer Rundfunkansprache im Januar 1937 die Ausschaltung von „unverbesserlichen asozialen Elementen“ als Aufgabe der Polizei. Darauf hin stieg die Zahl der Insassen in den Arbeitshäusern in weit größerem Ausmaße an: In den Arbeits- und Bewahrungshäusern Rummelsburg

z.B. alleine von Mitte 1934 bis Mitte 1935 von 932 auf 1.191 Personen. Im Rahmen der von der Kriminalpolizei zwischen dem 13. und 18. Juni 1938 durchgeführten Aktion „Arbeitsscheu Reich“ gegen als „asozial“ bezichtigte Menschen wurden erneut mehr als 11.300 Menschen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Nach einer Durchführungsverordnung von 1938 galt als „asozial“, wer durch „gemeinschaftsfremdes“, wenn auch „nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, dass er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will“. Wie viele davon genau an den Folgen von Zwangsmaßnahmen oder unmenschlicher Behandlung gestorben oder in Konzentrationslagern und Tötungsanstalten deportiert und ermordet wurden, ist bisher nicht bekannt. Nach derzeitigem Forschungsstand des Arbeitskreises ist aber bekannt, dass bis zu 200 Menschen aus den Rummelsburger Arbeitshäusern zwangssterilisiert worden sind.

Die historische Chance zu einem Bruch mit sozialer und rassistischer Ausgrenzung und der Beseitigung ihrer Ursachen nach 1945 wurde leichtfertig und teils auch bewusst bzw. politisch motiviert vertan. Bis heute sind die Verbrechen an den so genannten „Asozialen“ nicht als „NS-spezifisches“ Unrecht anerkannt und Betroffene kaum entschädigt bzw. rehabilitiert worden. Im Gegenteil. Diese Nichtanerkennung sowie die Verweigerung einer Aufarbeitung tragen bis heute zu einer Aufrechterhaltung und Legitimierung dieses Stigmas und pauschaler Zuschreibungen negativer Eigenschaften zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen bei – nicht nur aber insbesondere in Krisenzeiten wird die Konstruktion von Sündenböcken für alle gesellschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen fortgesetzt bzw. verstärkt. Es wird Zeit, den heutigen Kontinuitäten und Brüchen unter Berücksichtigung einer zunehmend heterogenen sozialen und rassistischen Hierarchisierung und dem Einfluss des Prinzips des „Teile und herrsche“ eine verstärkte ursachenbezogene Aufklärung, Solidarisierung und Mobilisierung entgegenzusetzen.